



Fredy Böni beantragte namens der SVP Nichteintreten. ROMBACH



Renate Gautschi wehrte sich erfolgreich für die Gemeinden. WYS



Für Susanne Hochuli wird die Vorlage teurer als erwartet. FREUDIGER

Kanton muss mehr mitzahlen

Erste Lesung Ja zur Vorlage für familienergänzende Kinderbetreuung

VON MATHIAS KÜNG

In einem über dreistündigen Grosskampf ging es um die Frage, ob die Gemeinden – wie von der Regierung vorgeschlagen – verpflichtet werden sollen, für ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzender Betreuung von Kindern bis Ende der Primarschule zu sorgen.

«Stundenfüllend und völlig kontrovers» wurde laut Kommissionspräsidentin Barbara Roth (SP, Erlinsbach) schon in der Kommission verhandelt. Im Plenum ging es so weiter. Allerdings zeichnete sich schon in der Eintretensdebatte eine klare Mehrheit für die Vorlage ab. Die SVP – die im Mai 2009 das Bildungskleeblatt fast im Alleingang gebodigt hat-

te – verwies auf jenes Volksnein. Fredy Böni (Möhlin) beantragte namens der SVP, nicht auf die von Gesundheitsdirektorin Susanne Hochuli vertretene Vorlage einzutreten. Dies, weil die Regierung schon so kurz nach der Abstimmung eine neue Botschaft auflege, «die sogar noch viel weiter geht als das Kleeblatt und die Gemeinden enorm belasten wird». Sehr zurückhaltend äusserte sich auch Renate Gautschi (FDP, Gontenschwil) namens der Gemeindeammännerversammlung. Die Gemeinden hätten bereits gute Strukturen, auch die Wirtschaft sei organisiert.

Die Mehrheit (auch Gautschys Fraktion) signalisierte aber klare Unterstützung für die aufgrund starker gesellschaftlicher Veränderungen als

nötig erachtete Vorlage. Eintreten wurde mit 79 : 45 beschlossen.

Kanton – Gemeinden fifty-fifty

Diese kostet 2020 rund 113 Millionen Franken jährlich. Rund 45,5 Millionen Franken sollen von den Eltern getragen werden, und rund 54,5 Millionen Franken von den Gemeinden. Der Kanton soll 13,5 Millionen Franken zahlen. So wollte es jedenfalls die Regierung. Der Rat entschied anders. Er folgte mit 93 : 22 seiner Kommission, derzufolge sich der Kanton nicht mit 20, sondern mit 50 Prozent an den Aufwendungen der Gemeinden beteiligen muss. In der GesamtAbstimmung passierte die Vorlage in der ersten Lesung mit 71 : 42 Stimmen.

Kommentar rechts

Kommentar

von Mathias Küng



Erfolgreiche, nicht Staatskinder

■ *In der Debatte über die familienergänzende Kinderbetreuung wurde es mehrfach angesprochen: Unsere familiären Strukturen unterscheiden sich markant von früher. Kompakte Grossfamilien gibt es kaum noch. Immer öfter sind beide Elternpaare erwerbstätig. Schliesslich sollen Mann und Frau im Beruf dieselben Chancen haben. Die Wirtschaft braucht die Frauen. Und vielen Familien reicht ein Einkommen sowieso längst nicht mehr.*

Zahlreiche Eltern eilen heute von Pontius zu Pilatus, um die Betreuung ihrer Kinder in ihrer berufsbedingten Abwesenheit sicherzustellen. Und wenn sie fündig werden, erschrecken sie oft ob der Kosten. Für viele Frauen lohnt sich die Berufstätigkeit deshalb rechnerisch kaum. Können sich Wirtschaft und Sozialwerke so begründete Ausfälle leisten? Nein.

Eine bedarfsgerechte Lösung, wie der Grosse Rat sie beschlossen hat, macht deshalb Sinn. Wobei zentral ist, dass Angebote jeweils nur erbracht werden müssen, wenn der Bedarf ausgewiesen ist. Und dass niemand zur Nutzung des Angebotes gezwungen wird.

«Gelaufen» ist die Sache aber noch lange nicht. Mit einem Referendum ist zu rechnen. Im Abstimmungskampf wird es gelingen müssen, aufzuzeigen, dass Kinder in Betreuungsstätten (das können auch Tagesmütter sein) deshalb nicht zu «Staatskindern» mutieren, wie die SVP befürchtet. Gut betreute Kinder haben aber später im Leben eine bessere Chance. Wenn sie die dann nutzen, haben wir alle etwas davon.